

# Immer mehr Länderchefs sind gegen die Reform der Rechtschreibung

von Dankwart Guratzsch

Berlin - Unter den Ministerpräsidenten der Bundesländer wächst die Skepsis gegenüber der Rechtschreibreform. Das Thema soll auf die Tagesordnung der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Oktober gesetzt werden. Bayerns Landeschef Edmund Stoiber (CSU), derzeit Vorsitzender der Konferenz, unterstützt einen entsprechenden Plan des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU).

Wulff hatte die Reform zuvor kritisiert und für "abwegig" und "gescheitert" erklärt.

Aus diesem Grund streben immer mehr Ministerpräsidenten an, die Kultusminister von ihrer Zuständigkeit für die Reform zu entbinden und diese auf sich selbst zu übertragen. Das Ziel ist die Rückkehr zur alten Rechtschreibung. "Ich weiß, daß von der Kultusministerkonferenz schon seit Mitte der neunziger Jahre keine Einsicht oder gar Umkehr mehr zu erwarten ist", hatte Wulff gesagt. Er sei sich mit Saarlunds Ministerpräsident Peter Müller (CDU) einig, "eine parteiübergreifende Initiative" zu dem Thema zu starten. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten äußerten sich auf Anfrage der WELT nicht zu dem Thema. Dagegen hätten die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) "Verständnis" für die Initiative gezeigt, hieß es in Berlin.

Damit ist sicher, daß die neue Rechtschreibung ein Jahr vor dem förmlichen "Verbindlichwerden" noch einmal auf höchster politischer Ebene entsprechend dem Vorstoß von Wulff "grundsätzlich infrage gestellt wird". Die Kultusminister waren mit ihrem Beharren auf der von ihnen initiierten Reform in den vergangenen Wochen immer stärker in Bedrängnis geraten. Zuerst hatten Pädagogen wie Harald Marx (Leipzig), Ursula Bredel (Karlsruhe) und Hartmut Günther (Köln) das Hauptargument für die Reform ins Wanken gebracht: Die Reform bringe nicht die versprochenen Erleichterungen für die Schüler, sondern neue Fehler.

Auf die Pädagogen folgten die deutschen Wissenschafts- und Kunstakademien, das PEN-Zentrum und eine Initiative führender Juristen, die im Frühjahr dieses Jahres in parallelen Vorstößen einhellig verlangten, zur früheren Duden-Rechtschreibung zurückzukehren. Neueste Meinungsumfragen von Allensbach und Emnid belegen, daß die neue Rechtschreibung auch sieben Jahre nach ihrer Einführung nur 13 bis 32 Prozent Anhänger hat. Die Schulen lehren Schreibweisen, die die Gesellschaft nicht akzeptiert.

Zuletzt räumten Kultusminister selbst das Scheitern ein. "Ich würde die Sache heute ganz zum Scheitern bringen", sagte der frühere bayerische Kultusminister Hans Zehetmaier (CSU), in seiner Amtszeit einer der energischsten Befürworter. Ähnlich äußerte sich der niedersächsische CDU-Politiker Bernd Busemann: "Es wird fehlerhafter geschrieben als früher. Ich wünsche mir die Rücknahme der Reform."

Passend zu dieser Debatte erschien unlängst ein neues Buch des Sprachwissenschaftlers Theodor Ickler ("Rechtschreibreform in der Sackgasse"). Darin belegt Ickler, daß die widersprüchlichen Rechtschreibregeln dazu beigetragen haben, die Einheitlichkeit der deutschen Schriftsprache zu zerstören.

Artikel erschienen in der Zeitung 'WELT' am 12. Juli 2004